

**Antrag 2018/O/04
AG60plus RLP**

Für eine mutige SPD!

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
 2 Um auf kommunaler Ebene das Parteiprofil sichtbar
 3 zu machen und zu schärfen, fordert der Landesvor-
 4 stand die Arbeit in den Ortsvereinen zu reformieren,
 5 personelle Angebote zu verstärken und die Ergebnisse
 6 sichtbar nach außen zu tragen. Dazu sind
 7 • themenbezogene offene Veranstaltungen durchzu-
 8 führen,
 9 • vorhandene Ortsvereine zu aktivieren und neue
 10 Ortsvereine zu gründen,
 11 • überörtliche Zusammenschlüsse zu initiieren
 12 und alle dort eingebrachten Vorschläge zu sichten
 13 und zu sortieren. Projekte mit Kümmerern, die aus
 14 den Veranstaltungen hervorgehen, sind zu entwickeln
 15 und umzusetzen. Anträge sind an Adressaten (z.B. Ge-
 16 meinderat, Parteigremien) zu stellen. Die Kommuni-
 17 kation ist über Medien in die Öffentlichkeit zu tragen.
 18 Controlling der Ausführung ist sicherzustellen. Um im
 19 Land und im Bund eigene Konzepte aus wirtschaftli-
 20 cher und sozialer Kompetenz weiter zu entwickeln, Zu-
 21 kunftsängste ernst zu nehmen und zu mindern und
 22 dabei inhaltlich klar und glaubwürdig zu sein, fordert
 23 der Landesvorstand
 24 • sozialdemokratische Perspektiven und Visionen von
 25 der Parteibasis her zu entwickeln und zu verfolgen
 26 und dabei keine Einschränkungen/Verfälschungen
 27 durch Regierungshandeln zum Zeitpunkt der Festle-
 28 gung zuzulassen,
 29 • Probleme und Ängste zu erkennen, ernst zu nehmen
 30 und Lösungen anzubieten,
 31 • eine Außenwirkung der SPD herzustellen, die ein-
 32 heitlich, inhaltlich klar und glaubwürdig ist.

33
 34 **Begründung**

- 35 Der Antrag ergibt sich aus den hier zusammengefasst-
 36 ten Forderungen an eine SPD, die bürgernah, glaub-
 37 würdig und gerecht ist.
 38 1. Die SPD ist bürgernah, wenn sie bei der Arbeit in
 39 den Gemeinden/Ortsvereinen auf die Bürger und ih-
 40 re Probleme, besonders auf die, die sich abgehängt
 41 fühlen, zugeht, zuhört, Projekte aufgreift, regelmä-
 42 ßig Veranstaltungen und Diskussionen anbietet, in
 43 die Vereine geht und gezielt Gruppen anspricht, Mei-
 44 nungen verknüpft und sich dabei selbstkritisch mit
 45 Themen auseinandersetzt, Visionen und Alternati-
 46 ven zulässt, Fehler korrigiert und Basisentscheidun-
 47 gen ernstnimmt und als dauerhaft sichtbarer Küm-
 48 merer wahrgenommen wird, der soziale Kontakte
 49 quer durch die Gesellschaft pflegt, Kommunikation

**Empfehlung der Antragskommission: Annahme in der
Version der Antragskommission**

Wir schlagen die Einsetzung einer Kommission zur Modernisierung der Satzung und Erarbeitung neuer Konzepte der Beteiligung vor. Der Kommission sollen neben Vertreterinnen und Vertreter des Landesvorstandes auch Mitglieder der antragsberechtigten Gliederungen angehören. Sie wird bis zum nächsten ordentlichen Landesparteitag einen breiten Diskussionsprozess in Gang setzen und dann einen entsprechenden Vorschlag vorlegen.

50 und Information, auch in den Medien, bietet. Damit
51 gewinnt sie Authentizität, schafft Identität, ist Part-
52 ner der Kommunen, Gewerkschaften, Vereine. Zu-
53 sammenzuführen sind Mandatsträger und Ideeenge-
54 ber, jahrelang Erfahrene und neu Dazugekommene.

55 2. Die SPD ist glaubwürdig, wenn sie frei von Wan-
56 kelmut und Halbherzigkeit ist, Lobbyismus und Kli-
57 entelpolitik ablehnt, Hinterzimmerpolitik vermeidet
58 und auf Politsprecher verzichtet, dagegen aber So-
59 lidarität wahrt, scharfes Profil und klare Haltung
60 zeigt, Provokationen hart kontert, nicht still ist und
61 keine Debatten austreten lässt mit einem Perso-
62 nal, das sich engagiert, durchhält, Hemmschwel-
63 len senkt, verständlich, klar und ohne Aggression
64 spricht, überzeugen kann und gut vernetzt und kam-
65 pagnenfähig ist, aber keine Ämter häuft und nicht
66 an Ämtern klebt.

67 3. Gerecht ist die SPD, wenn sie Eintritt für Euro-
68 pa und seinen Ausbau, auch bei denen, die damit
69 noch fremdeln, den Frieden und gegen fragwür-
70 digen Waffenhandel, durchdachte Einwanderungs-
71 und Integrationsprogramme, Klimaschutz und Res-
72 sourcenschutz, Sicherheit ohne rechtsfreie Räume
73 und Sicherheit ohne Ressentiments, eine solidari-
74 sche Marktwirtschaft mit ausreichendem Mindest-
75 lohn, Lastengerechtigkeit, z.B. Steuergerechtigkeit
76 ohne Schlupflöcher, und Arbeitnehmerrechten als
77 Gegengewicht zu Arbeitgebern/Finanzwelt, einen
78 solidarischen Sozialstaat (ethische Fragen haben vor
79 wirtschaftlichen Fragen höchste Priorität) mit aus-
80 gewogener Vermögensverteilung, Grundsicherung,
81 Bürgerversicherung, ohne Kinderarmut, ohne Woh-
82 nungsnot, eine regulierte digitale Arbeitswelt mit
83 guter Bildung für alle, Recht auf Weiterbildung.